Wahlsieger M. Cerar mit der Situation der Kärntner Slowenen noch nicht zufrieden

Im Gespräch Miro Cerar

Sein Ziel ist die finanzielle Autonomie der Minderheit

(aus Novice, Klagenfurt, Nr. 29, S. 2, 18.7.2014)

Der Verfassungsrechtler Miro Cerar überzeugte am Sonntag die meisten Wähler, die nun auf eine stabile Regierung hoffen, die aus dem krisengeschüttelten Slowenien wieder ein angesehenes EU-Mitglied machen soll. Wir sprachen mit Cerar über Kärntner Aspekte.

(…)

In der slowenischen Verfassung ist die Betreuung der Landsleute im benachbarten Ausland festgehalten. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Situation der slowenischen Minderheit in Kärnten, welche Änderungen können wir im Bereich des Minderheitenschutzes erwarten?

Miro Cerar: Neben der slowenischen Verfassung und dem österreichischen Staatsvertrag gibt es noch eine ganze Reihe von internationalen Regulativen, die zu beachten sind, da ein entsprechender Zugang zum Minderheitenschutz sowohl Maßnahmen erfordert, welche die allgemeine Nichtdiskriminierung zusichern wie auch Maßnahmen, welche die Bedingungen zur Zusicherung positiver kollektiver Rechte schaffen. **Wir sind noch weit von der Situation entfernt, dass wir mit dem Zustand der slowenischen Volksgruppe in Österreich zufrieden sein könnten.** Deshalb ist es notwendig, offiziell und inoffiziell darauf hinzuweisen. Natürlich werden richtige Änderungen nicht ohne die Aktivität der Volksgruppe zustande kommen (der Druck von außen ist von nachrangiger Bedeutung), der die Republik Slowenien Hilfestellung anbieten wird.

Der Löwenanteil der Wähler hat vor den Wahlen gesagt, dass sie nicht erwarten, dass die neue Regierung stabil sein wird. Wie möchten Sie die politischen Verhältnisse in Slowenien stabilisieren, das, so scheint es, in zwei Lager geteilt ist?

Miro Cerar: Zunächst möchten wir einen möglichst breiten Kreis von parlamentarischen Parteien in den Prozess der Koalitionsverhandlungen und Programmverhandlungen einbinden und den Dialog mit der Zivilgesellschaft weiterführen. Uns interessieren die Teilungen links und rechts nicht so sehr, wir sprechen lieber und arbeiten lieber für die Zusammenarbeit der realen Wirtschaft mit dem öffentlichen Sektor.

Peter Ošlak